Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Salter. Verlagsleiter: Rudolph Gothner. Stellvertretende Chefredakteure: Fred Hansch, Josef Ollig. Chefs vom Dienst: Rudolf Brüning, Manfred Schwark. Chefreporter: Wolfgang Fricke. Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Gensike, Dr. Gisela Schneider (Island), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Lokales: Wolfgang Schmidt. Stadtteile: Walter Künkler. Sport: z. Z. Wolfgang Fricke. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Selle. Wirtschaft: Dr. J. Bantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Marie-Luise Dalchow. Sondermedaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Nicht zerreden!

Man kann hierzulande — und eben auch in dieser Stadt — solange über Dinge reden, bis alle Theorie grau geworden und die Praxis in unerreichbare Ferne gerückt ist. Dieser Fall ist wieder mal eingetreten. Um ein jahrzeitliches Bild zu gebrauchen: Im Maienregen sprießt nicht nur das Hoffnungsgrün der Stadterneuerung, es schoß auch hemmendes Kraut. Konkret: War gerade der dringend nötigen Stadtsanierung ein erstes fixes Datum gesetzt worden (nämlich 1972), so wurde tags darauf ein anderes städtisches Terminobjekt von anderer Seite schnell wieder in Frage gestellt. Gemeint ist die „Ackerei" mit dem Dammtor-Center.

Der Pflug, der den projektierten Baugrund wieder umwühlt, wurde von seiten der CDU angesetzt. Bürgerschaftsabgeordneter Jürgen Westphal nannte es eine „Fehlentscheidung", den Kongreßbau am Dammtor zu errichten. Zielscheibe der Kritik war natürlich der Senat, der sich im Herbst letzten Jahres schließlich und endlich dazu durchringen konnte, dem Großvorhaben einen festen Platz anzuweisen. Das zögernde Wägen hatte schon seine Zeit gedauert, nicht weniger als zehn Jahre ist die Senatserkenntnis alt, Hamburg bedürfe eines repräsentativen Kongreßbaues.

Man konnte also aufatmen, zumal das Bau-Arrangement zwischen Dammtor und Tor zu Planten un Blomen aus vielerlei Gründen einleuchtete. Denn ein Knotenpunkt der internationalen Begegnung — Kongreßhalle und Hotel — kann nicht irgendwo, er muß an den Schnittlinien schon vorhandener Attraktionen gebildet werden. Er muß in der Lage exklusiv sein, zentral im Stadtgefüge, mitherrschend im städtischen Weichbild.

Alle diese Voraussetzungen werden von der CDU ignoriert, und zwar zu später Stunde. Man bringt das Karolinenviertel wieder ins endlose Spiel, obwohl die Sanierung dieses Gebiets erst ins nächste Jahrzehnt fallen kann; man nennt sogar das Elbufer als Standort des Centers, obwohl die City sich der Alster zuwendet; man macht Planten un Blomen wieder zur geheiligten Kuh, der kein Quadratmeter Weidefläche weggenommen werden darf.

Gerade aber dieser in Form und Inhalt erstarrte und versteinerte Park ist es, der durch die Placierung des Kongreß-Centers an seine Stirnseite nur gewinnen kann. Die Sieger im IGA-Wettbewerb haben zum Glück erkannt, daß die neuen Dominanten von Telemichel und Kongreßbau an den Flanken von Planten un Blomen einen umgestalteten Park geradezu herausfordern. Einen Park, der Natur und Natürlichkeit ausstrahlt und mit dem Botanischen Garten zur grünen Einheit gelangt. Solch gartengestalterischer Wurf ist nur rentabel und verantwortbar, wenn das Kongreßzentrum den Aufwand lohnend macht.

Abgeordneter Westphal vertritt die Ansicht, mit dem Bau des Centers müsse ein Stück Stadtsanierung verknüpft sein, am Dammtor gäbe es jedoch nichts zu erneuern. Wenn man dieser Meinung bedingungslos folgte, würde die City kein natürlicher Kristallisationskern für Urbanität mehr sein. Dann würden neue städtische Akzente nämlich nur noch dort gesetzt, wo abrißwürdige Häuser bisher die City ferngehalten haben. Der Stadtkern müßte zerfließen, seiner Wiederbelebung wäre nicht gedient. Eine Kommunikations-Stätte vom Rang eines Kongreßzentrums gehört vorrangig ins Zentrum der nach Geschäftsschluß verödenden Innenstadt.

Es ist Wunsch und Wille des Senats, das Dammtor-Center noch bis zur IGA 73 zu verwirklichen. Dieser Termin hat seine Bedeutung, man sollte ihn einhalten. Das darf allerdings nicht zu überstürzten Entschlüssen hinsichtlich der architektonischen Lösung führen. In dieser Frage hat die CDU zweifellos recht: Die Kongreßhalle muß eine städtebauliche Meisterleistung werden, muß Weltmaßstäben genügen und von kühnen Gestaltungskonzept her Werbesymbol für Hamburg sein. Um dem Teufelskreis konventionellen Bauens zu entfliehen, gibt es nur einen legalen Weg: Er führt in den international ausgeschriebenen, großzügig dotierten Architekten-Wettbewerb.

jh.

Die Meinung der anderen

Paris: Alle Konflikte brechen plötzlich hervor

Frankreich erwartet ein heißes Wochenende. Es droht ein massiver Zusammenstoß zwischen den Kräften der Regierung und den Unzufriedenen im Lande.

Les Echos

Über die Gründe des Unmuts schreibt das Pariser Wirtschaftsblatt „Les Echos":

„Die Rebellion der Studenten färbt ab. Die Arbeiter werden von der Ansteckung erfaßt. Alle latenten Konflikte brechen plötzlich in einer Art von Kettenreaktion hervor. Wenn diese nicht zurückgehen, kann die Regierung nicht passiv der Entwicklung dieser vorrevolutionären Situation zusehen. Wäre das auch so, wenn das Regime nicht seit zehn Jahren alle Sicherheitsventile hartnäckig verschlossen hätte? So findet der Protest keinen anderen Ausweg als die Straße und die illegale Aktion. Wenn man bewußt die Ventile verstopft, droht die Maschine zu explodieren. Das ist eine physikalische Tatsache. Das ist auch eine politische Tatsache."

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wie anfällig ist die Bonner Große Koalition für Krisen, fragt die „Frankfurter Allgemeine":

„CDU-CSU und SPD, Kiesinger und Brandt werden es — Unvorhersehbares beiseite gelassen — bis zum Herbst 1969 miteinander auszuhalten haben. Solche Beständigkeit ist das Wahrscheinliche; dazu besteht die Bereitschaft. Daß der Bundeskanzler derzeit mit der FDP liebäugele, danach sieht es nicht aus. In Stuttgart jedenfalls hat er sich für die Erneuerung der Großen Koalition und fürs Entgegenkommen an die geschlagene FDP verwandt. Er will dort die Rückkehr zur schwäbischen FDP. Was ihm für später an Alternativgedanken durch den Kopf geht — es ist gewiß dahinsehen: Kiesinger ist ja kein Priester, ist ein Politiker. Und die Priorität gilt der Aufgabe von heute: der Zusammenfassung der Kräfte der Koalition für das noch Mögliche. Es müssen nicht bloß Ladenhüter, es sollten keine Wahlgeschenke, es dürfen getrost wenige anständige Reformen sein."

IL MESSAGGERO

Wird Bundespräsident Lübke vor dem Ende seiner Amtszeit zurücktreten? Der römische „Messaggero" meint:

„In der Bundesrepublik sind Regierung und Parteien einig: Je schneller der Fall erledigt wird, desto besser ist es. Die Zeit drängt. Einverstanden ist auch der Präsident, Heinrich Lübke, die Hauptperson des Falls. Die Aufgabe besteht darin, ihm dabei zu helfen, daß er bald, auf anständige und würdige Weise, unter Wahrung der äußeren Form, zurücktritt. Wenn er vor Ablauf seiner Amtszeit die Bühne verläßt, wird Lübke das Land dankbar sein. Das augenfälligste Element der Lübke-Krise, das Sinken seines Prestiges, wird an der Unvoreingenommenheit deutlich, mit der man in der Bundesrepublik die menschlichen Schwächen des Präsidenten bloßlegt. Alles in allem kann sich Lübke aber nicht beklagen. Konrad Adenauer war von seinen Leuten zum Verlassen des Kanzlerstuhls gezwungen worden, Ludwig Erhard wurde auf ziemlich üble Weise davongelegt. Heinrich Lübke darf in Ruhe, ohne Groll, gehen."

FDP — „Magnet für sehr kritische Wähler"

Dahrendorf zeigte sich in Hamburg sehr optimistisch

Eigener Bericht

G. S. **Hamburg, 18. Mai**

Als Magnet für „sehr politische und sehr kritische Wähler" versucht der Konstanzer Soziologe Ralf Dahrendorf die Partei, in der er sich anschickt, politische Karriere zu machen — die FDP. Erste Analysen der baden-württembergischen Landtagswahl, so berichtete er am Freitag in einer Pressekonferenz zum Auftakt des Hamburger FDP-Parteitages, hätten gezeigt, daß die FDP-Wähler das „rationale Gegenstück" zu den NPD-Wählern seien.

Klug, sachlich, überlegen beantwortete der politisch engagierte Professor — diesmal ohne rosa Nelke im Knopfloch — die Fragen der Journalisten, gleichgültig, ob sie sich auf die gesamte bundesrepublikanische Innenpolitik, die Verhältnisse in Baden-Württemberg oder spezifisch auf Hochschul- und Bildungsprobleme bezogen.

Die Aussichten der FDP bei den nächsten Bundestagswahlen beurteilt er optimistisch. Er hält einen Stimmanteil von 25 Prozent nicht für ausgeschlossen. Dahrendorf macht aber keinen Hehl daraus, daß er die FDP am liebsten weiter in der Oppositionsrolle sähe, nicht zuletzt deshalb, um die heute „außerparlamentarische" Opposition der Jugend für die parlamentarische Demokratie fruchtbar zu machen. Ohne sich im mindesten mit der „APO" zu identifizieren, gestand er ihr zu, sie habe im Hochschulbereich Veränderungen hervorgerufen. die anders nicht zu bewirken gewesen wären, und auf dem Felde der Politik mindestens „Unbequemlichkeiten" geschaffen, die einen gewissen Selbstbesinnungsprozeß in Gang setzen können.

Die ganze deutsche Innenpolitik ist nach Dahrendorfs Auffassung verkrustet und erstarrt: „Wir haben keine Instrumente der Veränderung, daher sind auch die Proteste so hart." Und er prophezeit für die Zukunft politische Neugruppierungen, bei denen die Begriffe „rechts" und „links" an Bedeutung verlieren würden.

(Siehe auch Seite 5)

Aufruhr schüttelt Frankreich

Die schwerste Krise der V. Republik seit den algerischen Wirren

Von unserem Pariser Korrespondenten
Erik Verg

Paris, 18. Mai

„Ist das ein Aufruhr?" fragte Ludwig XVI. am 15. Juli 1789 um 2 Uhr morgens den Herzog de Liancourt, der ihm die Erstürmung der Bastille meldete. Der Herzog antwortete: „Nein, Sire, das ist die Revolution." Dieses berühmte Zitat ist heute in Frankreich in vieler Munde. Es ist nicht die Revolution, aber es ist die schwerste Erschütterung der 5. Republik seit den algerischen Wirren.

In vierzehn Tagen hat die Entwicklung einen Lauf genommen, den niemand, weder die Regierenden, noch die Opposition, noch die Urheber der Unruhen selbst vorausahnen konnten.

Eine Lawine rollt an

Noch vor vierzehn Tagen handelte es sich um eine im Vergleich zu anderen Ländern etwas verspätete Unruhe an zunächst einer Universität: der Pariser Sorbonne. Dann wurde eine Lawine daraus. Straßendemonstrationen kleiner Gruppen, die durch brutalen Polizeieinsatz zu einer Massenbewegung anschwollen. Besetzung der Sorbonne, Barrikaden (die Frankreichs jüngere Geschichte begleiten und mit denen die Franzosen gelassen leben gelernt haben), Straßenkämpfe, eilige Rückkehr Pompidous von einer Orientreise und Versuch des Steuer durch Beschwichtigung noch einmal herumzureißen. Zu spät! Besetzung der Universitäten, Solidarität der Gewerkschaften mit den Studenten, Besetzung öffentlicher Gebäude durch Revolutionäre, Besetzung von Fabriken durch Arbeiter. Seit vierzehn Tagen lebt ganz Frankreich mit dem Transistor am Ohr, um sich über die sich stündlich verändernde Lage zu unterrichten.

„Le Duale assassin" (Mörder), „Fouchet (Innenminister) an den Galgen", „Pompidou in die Kloake" ... Solche Rufe schallten aus Tausenden von Kehlen durch die Straßen. Das allein wäre nicht ernstzunehmen. Jeder Aufruhr ist mit drastischen Parolen und auch mit einer guten Portion Gaudi gewürzt. So herrscht denn auch kirmesartige Stimmung im Ehrenhof der Sorbonne, wo Jazzorchester spielen und Trotzkisten, Maoisten und wer sonst noch alles Propagandastände aufgeschlagen haben. Entnervend schließlich die tagelangen Diskussionen in der Sorbonne und im Theatersaal des Odéon. Aber das alles hat einen bitterernsten Hintergrund, den niemand mehr auf die leichte Schulter nimmt.

Versteinertes Unterrichtswesen

Die Regierung rühmt sich, daß keine vor ihr so viel für das Erziehungswesen getan habe. Aber das ist ein statistischer Erfolg, und die in zehn Jahren Gaullismus verdreifachte Zahl der Studenten (514 000) stellt mit Entschiedenheit das erstarrte Universitätssystem in Frage, an dessen Strukturen sich seit Napoleon nicht viel geändert hat. Die französische Universität vermittelt nur eine allgemeine (bürgerliche) Bildung; sie produziert „Intellektuelle", bereitet außer Lehrern, Juristen, Geisteswissenschaftlern und Professoren nicht für den breiten praktischen Bedarf auf den mittleren Ebenen der Industriegesellschaft vor. Und die schmalen, hochqualifizierten Führungskader im Staat und in der Wirtschaft liefern wiederum die sogenannten Großen Nationalen Schulen. Den Akademikern, wie einem großen Teil der Jugend überhaupt, droht heute Arbeitslosigkeit, noch ehe sie überhaupt Fuß fassen. Überdies kommt nur ein sehr kleiner Prozentsatz der französischen Studenten aus den sozial benachteiligten Schichten.

Die Sorbonne, ein geheiligter Tempel, brach also zusammen. Den Studenten fiel unversehens eine Macht in die Hand, von der sie nicht einmal zu träumen wagten und die sie etwas ratlos macht. Gerne würden viele unter ihnen jetzt, nachdem die Regierung ihren Forderungen im Grundsatz schon nachgegeben hat, einen langsameren Gang einschalten. Aber ihr Sieg scheint stärker zu sein, als sie selbst. Sie glauben die einmalige Situation nutzen zu müssen. Sie sind auf ein politisches Gleis geraten, das von der Kritik an der Universität über die Kritik an der Gesellschaft zur Infragestellung der gegenwärtigen Staatsform führt. Anders als in vielen anderen Ländern, in Deutschland zumal, haben sie weite Teile der Bevölkerung auf ihrer Seite, vor allem Professoren, Lehrer, Intellektuelle und breite Teile der Arbeiterschaft, der die studentische Härte auf den Barrikaden imponierte und die, unter der Regie der Gewerkschaften, die Gelegenheit nutzte, um sie eigenen sozialen Forderungen in den Vordergrund zu schieben. Hinzu kommt der lange aufgestaute Groll gegen das gaullistische Regime.

In Frankreich gibt es zwar viel Reichtum, aber keine allgemeine Prosperität. Es gibt bedrohliche Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Unterbezahlung. Zwar wissen die Arbeiter mit der studentischen Kritik an der Konsumgesellschaft nicht viel anzufangen, denn für die meisten von ihnen ist sie noch ein Traum, noch eine Hoffnung, von der sie weit entfernt sind. Der studentische Aufruhr wirkte wie eine Sprengkapsel, die das Dynamit der in der Arbeiterschaft angestauten Unzufriedenheit zur Explosion brachte.

Das Pathos der großen revolutionären Geste, das Frankreichs Geschichte begleitet, fehlt auch in diesen Tagen nicht auf den Straßen von Paris.

Der soziale Sprengstoff

Die Gewerkschaften und die politischen Parteien haben nicht vermocht, was die Studenten zuwege brachten. Sie müssen sich jetzt gefallen lassen, daß auch an ihnen als Teil „der Gesellschaft" harte Kritik geübt wird. Gewerkschaften und Parteien bemühen sich zu retten, was für sie zu retten ist. In der Massendemonstration am letzten Montag waren Mitterand (Sozialist) und Waldeck Roche (Kommunist) nur schwer auszumachen. Sie marschierten, von den radikalen Studentengruppen auch dem „Establishment" zugerechnet, zwei Stunden hinter der von Studenten angeführten Spitze des Zuges. Nun versuchen sie, die Studenten beiseite zu drücken, die Führung an sich zu reißen und sich politisch nach vorn zu arbeiten: Sie fordern den Sturz der Regierung!

Wird es ihnen diesmal — am nächsten Mittwoch im Parlament — gelingen? Man hat berechtigte Zweifel daran. Genauso, wie man bezweifelt, daß diesmal die symbolische Geste der zum Himmel gereckten Arme des Generals die Geister bannen wird, nachdem er in Rumänien unbelirrt zwölf politische Zukunftsperspektiven verkündete, als bestände zu Hause keine nationale Gefahr. „Der Kaiser ist nackt, nur will es noch niemand zugeben", ist in Anspielung auf Andersens Märchen ein gefliegeltes Wort in diesen Tagen.

Kommt die Stunde Pompidous? Wird es, in Abwesenheit des Generals und nachdem die Minister versagten, der Premier schaffen, den auf die Revolution zurollenden Zug zu stoppen, auf den die Oppositionellen verschiedener Richtungen noch rechtzeitig aufspringen wollen. Damit hätte der „Gaullismus ohne de Gaulle" gesiegt. Nachdem man sich aber vierzehn Tage lang daran gewöhnt hat, daß am Morgen nicht mehr stimmt, was am Vorabend noch richtig war, ist jede Voraussage ein Wagnis.

Paris ein Pulverfaß

Fortsetzung von Seite 1

nisterpräsident Pompidou eine „Sicherheits-Konferenz" einberief. Vorher hatte Pompidou stündlich über Funk und Fernsehen die Nation ermahnt, nicht die Anarchie zu verfallen.

In aller Eile wurde auch Verteidigungsminister Messmer nach Paris zurückgerufen, der sich gerade im Elsaß aufhielt, um mit Bundesverteidigungsminister Schröder ein neues deutsch-französisches Forschungsinstitut einzuweihen.

Später ließ die französische Staatskanzlei bekanntgeben, daß Staatspräsident de Gaulle keinen Tag früher von seiner Rumänienreise zurückkommen werde. De Gaulle werde das volle Programm in Bukarest absolvieren und erst am Sonntagmittag nach Paris zurückkehren.

Zur gleichen Stunde, da Pompidou mit seinen engsten Beratern sowie den Sicherheitschefs „Kriegsrat" abhielt, formulierten die großen französischen Studentenverbände ihr Aktionsprogramm. Danach wollen sie in allen Universitäten „die Macht übernehmen". Außerdem verlangen sie die „Autonomie der Universitäten" und eine Intensivierung des gemeinsamen Kampfes mit den Gewerkschaften und Bauernorganisationen.

Die Streikbewegung hat jetzt auch auf die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft ORTF übergegriffen. Die Rundfunkredakteure traten in den Aufstand aus Protest gegen die angebliche Bevormundung der Regierung bei der Nachrichtengebung.

Der Pariser Flugplatz Orly ist weitgehend lahmgelegt. Dort streiken 250 Mann der Kontrolltürme. 300 Flüge sind bereits ausgefallen. Der CGT forderte seine Mitglieder am Freitagabend auf, dem Beispiel anderer Arbeiter zu folgen und den Flugplatz notfalls zu besetzen. Die französische Fluggesellschaft Air France teilte mit, daß nur für eine Anzahl von Fernflügen die Einhaltung der Flugpläne garantiert werden könne.

In fast allen Werken von Renault, die insgesamt 66 000 Arbeiter beschäftigen, ruht die Arbeit. In verschiedenen Betrieben werden die Direktoren von den Arbeitern in den Büros festgehalten.

Auch die Flugzeugwerke der Sud-Aviation in Nantes und ein Zweigbetrieb in St. Nazaire werden bestreikt. Bei weiteres Streikzentrum ist Lyon, wo 7000 Arbeiter der Rhodiazeta-Kunstfaserwerke und 12 000 Arbeiter der Lastwagenwerke Berliet in den Ausstand traten.

Die Pariser Börse reagierte auf die schweren innenpolitischen Unruhen mit Kursstürzen. Auch der Franc notierte schwächer.

Verschiebung der letzten Notstands-Debatte?

Von unserer Bonner Redaktion

haa. **Bonn, 18. Mai**

Die Notstandsverfassung wird möglicherweise nicht wie vorgesehen am 29. Mai, sondern erst am 19. Juni vom Bundestag in dritter Lesung verabschiedet werden können.

In einem gestern allen SPD-Gliederungen übermittelten Rundbrief erklärte der Parteivorsitzende Brandt: Die Verabschiedung „wird erst stattfinden, wenn die geänderten Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze (sogenannte einfache Notstandsgesetze) in dritter Lesung dem Plenum des Bundestages vorliegen". Diesen Gesetzen werde die SPD nur zustimmen, wenn zuvor alle ihre verfassungsrechtlichen Einwände berücksichtigt worden seien.

Einen Tag nach der zweiten Lesung der Notstandsverfassung wurden am Freitag in Bonn bereits Gespräche mit den drei Westalliierten über die Ablösung ihrer Vorbehaltsrechte aufgenommen. Auf einer seiner nächsten Sitzungen will der DGB-Bundesvorstand den Vorschlag des DGB-Landesbezirks Hessen prüfen, für den Tag der dritten Lesung der Notstandsgesetze alle Vorbereitungen für einen Generalstreik zu treffen. Bundesinnenminister Benda bezeichnete gestern alle politischen Streiks als verfassungswidrig, mit denen dem Parlament Entscheidungen aufgezwungen werden sollten.

Strauß plädiert für Mammutministerium

United Press International

Baden-Baden, 18. Mai

Für die Zusammenlegung der klassischen Ministerien Finanzen und Wirtschaft sprach sich am Freitag Bundesfinanzminister Strauß in Baden-Baden aus. Bei einer Neuverteilung der Ministerien sollte überlegt werden, ob eine solche Regelung nicht sinnvoller wäre, da Finanz- und Wirtschaftspolitik nur „zwei Seiten einer Medaille" seien.

BUNTE WELT

Mindestalter 16 Jahre

Künftig wird es Jungen und Mädchen in Ausnahmefällen schon im Alter von 16 Jahren erlaubt sein, ein freiwilliges soziales Jahr abzuleisten. Das sieht ein Änderungsgesetz des „Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres" vor, das am Freitag vom Bundestag einstimmig verabschiedet worden ist.

NATO-Ausbildungszentrum

Ein Ausbildungszentrum für Raketenwaffen der NATO ist gestern bei Kaunas auf Kreta seiner Bestimmung übergeben worden. In dem Zentrum werden Einheiten der NATO-Länder an Lenkraketen ausgebildet.

FDP fordert Kennzeichnung

Die Kennzeichnung aller uniformierten Polizeibeamten in Berlin hat gestern die FDP-Fraktion des Abgeordnetenhauses beantragt. Sie verlangt, daß alle Beamten auf ihren Uniformen entweder Namensschilder oder deutlich sichtbare Dienstnummern tragen sollen.

Nach Indonesien

Unter Führung von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier reist eine Delegation des deutschen Bundestages am Sonntag nach Indonesien. Sie folgt einer Einladung des indonesischen Parlaments.

519 Kündigungen

Bis zum gestrigen Tage haben 519 Bediensteten der europäischen Kommission in Brüssel Kündigungsanträge eingereicht. Als Grund für die Kündigungswelle wird u. a. der schleppende Fortgang der europäischen Integration genannt.

Katholisches Teach-in

Rund 400 Studentinnen und Studenten sowie mehrere Theologie-Professoren sind gestern der Einladung zu einem Teach-in an der katholisch-theologischen Fakultät in Münster gefolgt. Es wurde gefordert, daß die Kirche nicht länger nur Sprachrohr des gesellschaftlichen Establishment sein dürfe.

Botschafter empfangen

Bundespräsident Heinrich Lübke empfing am Freitag den neuen britischen Botschafter in Bonn, William Jackling, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

Botschafter Jackling bei Lübke

Spezialkliniken gefordert

Zusätzliche Spezialkliniken für hirnverletzte Unfallopfer forderte am Freitag der Bund hirnverletzter Kriegs- und Arbeitsopfer in Hannover. Die Zahl der jährlichen hirnverletzungen beträgt in der Bundesrepublik 50 000. Bei sachgemäßer Behandlung könnte die Zahl der Dauergeschädigten erheblich verringert werden.

Gegen den Mißbrauch

Ein „Verein gegen parlamentarischen und bürokratischen Mißbrauch" ist in Dortmund gegründet worden. Er hat sich das Ziel gesetzt, staatliche Willkür in Gemeinden, Ländern und Bund zu verhindern.

Klage holländischer Spediteure abgewiesen

Deutsche Presse-Agentur

Den Haag, 18. Mai

Das Landgericht in Den Haag hat gestern eine Klage von annähernd 150 niederländischen Verkehrsunternehmen gegen die deutsch-niederländische Vereinbarung abgewiesen, nach der seit dem 1. April täglich nicht mehr als 1950 Lastwagen auf dem Gebiet des anderen Landes sein dürfen. Die Vereinbarung ist, wie das Gericht erklärte, juristisch nicht anfechtbar.

Die Kläger hatten in ihrem Antrag festgestellt, daß der niederländische Kraftverkehr mehr als 25 Prozent der Straßentransporte im Bereich der europäischen Gemeinschaft bewältigt.

Weitere politische Meldungen auf den Seiten 18 und 19

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5, Telegr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 898. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. 610 84 75. Bonner Red.: An der Heusallee 2-10, Haus VII a. Tel. 24 81 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81. Tel. 23 84 34. Essener Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 22 19 11. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandpreise: Frei Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 29,5 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,30 DM (einschl. 25,2 Pf Mehrwertsteuer). Postbezug: 6,50 DM (einschl. 31 Pf Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postvertriebsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Liefermonats zahlbar. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 3264, Anz. Hamburg 1420.

Telefon 34 91 91

3 Tage kostenlos!

Wenn Sie jetzt den Lieferdienst des Hamburger Abendblattes unter der Telefonnummer

35 19 11

anrufen und Ihre Abonnementsbestellung aufgeben, dann kommt das ›Hamburger Abendblatt‹ am Mittwoch, Freitag und Sonnabend nächster Woche kostenlos zu Ihnen ins Haus.

Sie können natürlich auch den untenstehenden Bestellschein benutzen. Füllen Sie ihn aus, und schicken Sie ihn — im Briefumschlag oder auf eine Postkarte geklebt — noch heute an das ›Hamburger Abendblatt‹, 2000 Hamburg 36

BESTELLSCHEIN

Hiermit abonniere ich ab sofort das ›Hamburger Abendblatt‹ zum monatlichen Bezugspreis von 6,20 DM (einschließlich 29,5 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellgebühr). Inlandspreis bei Postbezug 6,50 DM. Die Ausgaben vom 22., 24. und 25. Mai erhalte ich kostenlos. Für die Zeit vom 26. bis 31. zahle ich den Teilmonatspreis von 1,05 DM.

Name: .....

Anschrift: .....

(Bitte in Blockbuchstaben ausfüllen!) (185)